
Dokumentation

Die neue Dimension in der tarifpolitischen Auseinandersetzung

Der Arbeitskampf in der Metall- und Druckindustrie 1984

1. Gewerkschaftliche Standpunkte

Ernst Breit: „Es geht der Gegenseite offensichtlich darum, die Gewerkschaften entscheidend zu schwächen“*

Mit unserem Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit befinden wir uns ... in einer guten Tradition. In einer guten Tradition deshalb, weil schon unsere Väter und Vorväter ihn geführt haben, weil viele von uns dabei waren, als in den 50er und 60er Jahren die 40-Stunden-Woche erkämpft wurde.

Die Argumente der Arbeitgeber und ihrer politischen Sprecher und Helfer waren immer die gleichen. Schon vor hundert Jahren hat Otto von Bismarck den Ruin der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft an die Wand gemalt, wenn der 10-Stunden-Tag eingeführt würde, wohlgemerkt: an sechs Tagen in der Woche. Von Otto Graf Bismarck, dem Vertreter der preußischen Großgrundbesitzer, hat vielleicht niemand etwas anderes erwartet. Heute sagt Otto Graf Lambsdorff das gleiche. Vielleicht kann man auch von Otto Graf Lambsdorff nichts anderes erwarten; denn er ist seit Jahren der für die Wirtschaftspolitik in diesem Lande verantwortliche Minister — und daß anhaltende Massenarbeitslosigkeit mit Wirtschaftspolitik nichts zu tun hat, wird wohl selbst er nicht behaupten wollen.

Unsere Alternative zur Massenarbeitslosigkeit ist: Umverteilung von Arbeit — etwas weniger Arbeit, aber Arbeit für alle. Dabei ist es für mich nicht die Frage, ob dies eine offensive oder defensive Strategie ist. Ich meine, sie ist offensiv, denn wir finden uns nicht nur nicht mit Massenarbeitslosigkeit ab, wir haben auch seit langem konkrete Vorschläge für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemacht. Defensiv hingegen verhält sich die Bundesregierung, sie setzt ihre Hoffnung auf Wachstum und bleibt ansonsten beschäftigungspolitisch passiv.

Damit keine Mißverständnisse entstehen: Wir sind nicht gegen Wachstum. Wie kämen wir dazu? Im Gegenteil: Wachstum ist *eine* der Voraussetzungen zur Lösung unserer Beschäftigungsprobleme. Aber wir können nicht davon ausgehen, daß die nach aller Voraussicht in der mittelfristigen Zukunft erzielbaren Wachstumsraten auch nur annähernd ausreichen werden, alle, die arbeiten wollen, in Arbeit zu bringen. Die Zahl der Arbeitsuchenden wird bis 1990 weiter ansteigen, und die Rationalisierungsprozesse vernichten weitere Arbeitsplätze.

Wenn das so ist, dann fragt man sich, warum die Arbeitgeberseite so grundsätzlichen Widerstand gegen die Wochenarbeitszeitverkürzung leistet. Warum sollen 40 Stunden die Schallmauer sein, die unter keinen Umständen durchbrochen werden

*Auszüge aus der Rede des DGB-Vorsitzenden auf der Außerordentlichen DGB-Landesbezirkskonferenz in Niedersachsen am 26. Mai 1984 in Hannover

darf? Warum sind etwa die Arbeitgeber der Druckindustrie nicht einmal bereit, über Verkürzungen der Wochenarbeitszeit zu reden, die sich kostenneutral durchführen ließen?

Das kann nicht *nur* etwas mit Kostenüberlegungen zu tun haben, denn das Kostenargument ist von unserer Seite doch noch nie verschwiegen worden. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur das Stichwort „Stufenplan“. Dies muß etwas mit Machtpolitik zu tun haben. Für die Gegenseite geht es letzten Endes nicht um Wochenarbeitszeit, es geht ihr offensichtlich darum, die Gewerkschaften entscheidend zu schwächen.

In diesem Kampf ist der Gegenseite jedes Mittel recht. Da werden uns Lohnerhöhungen in Zeitungsanzeigen und auf Plakatwänden geradezu aufgedrängt - ein merkwürdiger Gegensatz zu den vergangenen Jahren, in denen doch angeblich jedes Zehntel Prozent die Existenzgrundlagen der Wirtschaft bedroht hat. Und da wird ausgesperrt, in bester Tradition der altdeutschen Unternehmerherrlichkeit.

Die Aussperrung ist das reaktionärste Mittel der Unternehmer. Heute wie vor hundert Jahren zielt sie darauf ab, die Kraft der Gewerkschaften zu zerschlagen und die Arbeitnehmer dem Diktat der Arbeitgeber auszuliefern. Wir haben nicht vergessen, daß es in der Geschichte der Deutschen Zeiten gab, in denen die Aussperrung eingesetzt wurde mit dem *erklärten* Ziel, die Gewerkschaftsbewegung zu vernichten. Der Ruhrstreik Ende der zwanziger Jahre zeigte deutlich: Am Ende der Weimarer Republik wurde das Mittel der Aussperrung eingesetzt, um das System der Tarifverträge mit seinen Schlichtungsregelungen und damit den demokratischen Staat selbst zu zerschlagen. ... Die Aussperrung richtet sich nicht nur gegen die beteiligte Gewerkschaft, sie richtet sich gegen uns alle.

Der Streik, die gemeinsame Arbeitsniederlegung, ist das wirksamste Mittel unseres Kampfes um bessere Arbeits- und Lebensbe-

dingungen. Viele Politiker und Zeitungskommentatoren scheinen es nicht zu wissen: Der Streik ist mit hohen persönlichen Opfern und hohen Risiken für die Arbeitnehmer und ihre Familien verbunden. Sie müssen Einkommenseinbußen hinnehmen und berufliche Nachteile befürchten. Aber die Arbeitnehmer nehmen dieses Opfer freiwillig auf sich, denn sie wissen: Es gibt keine Alternative.

Die Aussperrung dagegen ist das eiskalte Kalkül einer Minderheit von wirtschaftlich Einflußreichen, die meist keinerlei persönliches Risiko eingeht. Diese Minderheit macht Menschen zu Objekten ihres Machtkampfes, sie versucht, die Verteidigung und Verbesserung der wirtschaftlichen Existenz der Arbeitnehmer unmöglich zu machen. Diese Minderheit mißbraucht ihre Macht.

[...]

Wir werden uns mit dem Unrecht der Aussperrung niemals abfinden! Alles andere käme einer Selbstaufgabe gleich.

Wir wissen, daß Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise der Hintergrund sind, vor dem die Unternehmer die große Wende herbeiführen wollen. Dahinter steht eine zentrale Strategie. Die Regieanweisung dazu kann man im Tabu-Katalog nachlesen. Die Strategen im Arbeitgeberlager müssen wissen: Wir unterwerfen uns nicht dem Diktat eines Tabu-Kataloges!

Und wir akzeptieren auch das Unrecht der kalten Aussperrung nicht. Die Bundesanstalt für Arbeit ist durch Gesetz zu Neutralität in Arbeitskämpfen verpflichtet. Die Entscheidung ihres Präsidenten, kein Kurzarbeitergeld an diejenigen Kolleginnen und Kollegen zu zahlen, die von kalter Aussperrung betroffen sind, stellt eine schwerwiegende Verletzung des Neutralitätsgebotes dar. Mit dieser Entscheidung setzt die Bundesanstalt das fort, was die Bundesregierung begonnen hat: den aktiven Kampf gegen bestimmte tarifpolitische Forderungen der Gewerkschaften.

Wir haben festzustellen: In vergangenen Tarifaueinandersetzungen ist in vergleichbaren Fällen immer Kurzarbeitergeld gezahlt worden. Wir haben weiter festzustellen: Die tarifpolitische Auseinandersetzung hat eine neue Dimension gewonnen. Die Gewerkschaften sehen sich einer geschlossenen Front aus Kapital und Regierungspolitik gegenüber. Die Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit - sollte sie Bestand haben - ist eines der Geschütze, die an dieser Front gegen die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer aufgefahren werden.

Denken wir doch nur ein paar Tage zurück — und stellen wir nüchtern fest: Der jetzigen Bundesregierung mußte die geballte öffentliche Meinung entgegenschlagen, um sie daran zu hindern, einer kleinen Zahl von prominenten Steuerstraftätern im Nachhinein die Absolution zu erteilen. Mit Billigung der gleichen Bundesregierung wird nicht davor zurückgeschreckt, hunderttausende von Arbeitnehmern und ihre Familien in die blanke materielle Existenznot zu stürzen. Hier ist soziales Gewissen gefragt, Herr Bundesarbeitsminister! Treffen Sie eine neue Entscheidung, zeigen Sie, daß Sie noch Gewerkschafter sind!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wiederhole es: Wir werden uns mit dem Unrecht der Aussperrung niemals abfinden! Streik und Aussperrung sind nicht zwei gleichwertige Waffen. Erst mit der kollektiven Arbeitsniederlegung, mit dem Streik, kann die Übermacht der Arbeitgeber ein Stück weit eingeschränkt werden.

Dennoch gaukelt die Unternehmerpropaganda der Öffentlichkeit vor, die Unternehmer seien schutzbedürftig und im Würgegriff der Gewerkschaften. Das ist schlichtweg Verdrehung der Tatsachen. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Aussperrung ist kein Abwehrinstrument, sie ist ein gezielt eingesetztes Willkürmittel. Die Arbeitnehmer sollen durch die Aussperrung in den Grundlagen ihrer Existenz empfindlich getroffen werden. Wir sagen deshalb: Jede Aussperrung ist eine Kriegserklärung an den ge-

samten DGB! Jede Aussperrung - ob kalt oder heiß - ist eine Kriegserklärung an alle arbeitenden Menschen in diesem Lande.

Wir werden uns nicht zersplittern lassen! Wir marschieren nicht getrennt, sondern wir kämpfen gemeinsam, um die Aussperrung gemeinsam zu überwinden!

[...]

Liebe Kolleginnen und Kollegen, keiner von uns macht es sich leicht, aber es führt kein Weg daran vorbei: Die Arbeitskämpfe, die zur Zeit im Gange sind, sind den Gewerkschaften aufgezwungen worden. Wenn man nach den Gründen fragt, muß man nicht lange suchen: Die Arbeitgeberverbände wollen die Gunst der Stunde nutzen. Sie wollen die Gewerkschaften an die Wand drücken. Sie wollen die gegenwärtige und künftige Massenarbeitslosigkeit zur Durchsetzung ihrer Ziele und zur Schwächung der Gewerkschaften mißbrauchen. Sie versuchen auch damit, noch mehr als bisher schon, die Kosten, die sich aus der Wirtschaftskrise ergeben, auf die Schultern der Schwächeren abzuladen, der Arbeitnehmer nämlich; so wie es Regierung und Parlamentsmehrheit mit Haushaltsstruktur-, Begleit- und anderen Gesetzen auch gegenüber Arbeitslosen, Kranken, Rentnern, Behinderten und anderen getan haben. Wir haben den Konflikt nicht gesucht, aber wir weichen ihm auch nicht aus. Jedes Zögern würde von unseren Gegnern nur als Schwäche ausgelegt werden. Die Folge wären immer dreistere Angriffe.

[...]

Hans Mayr: „Gegen die Kumpanei von Kabinett und Kapital“*

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Hebe Freunde, zehntausende von organisierten Metallern und Druckern stehen an diesem

* Ansprache des Vorsitzenden der IG Metall anlässlich der Solidaritätskundgebung des DGB am 18. Mai 1984 in Bonn.

Tage im Streik. Die dreifache Zahl ist ausgespart. Hunderttausende von organisierten Arbeitnehmern protestieren hier und heute gegen unternehmerische und staatliche Willkür. Millionen von abhängig Beschäftigten sollen durch unseren gemeinsamen Kampf die Chance auf ein Leben ohne Angst zurückbekommen.

Mit unserer Tarifpolitik wollen wir für eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Einkommen und für eine sinnvollere Verteilung der vorhandenen Arbeit sorgen. Das ist der Weg zur Verteidigung gewerkschaftlicher Rechte und zur Verwirklichung gesellschaftlicher Reformen. Diesen Kampf müssen wir gemeinsam zum Erfolg führen.

Metallindustrielle und Verleger stehen an der Spitze des unternehmerischen Kampfes gegen sozialen Fortschritt und gegen gesellschaftliche Gerechtigkeit. Mit ihrer Tabupolitik wollen die Arbeitgeber die 40-Stunden-Woche festschreiben und die Massenarbeitslosigkeit hochtreiben. Das ist der Weg zur Disziplinierung der Arbeitnehmer und zur Schwächung der Gewerkschaften. Dieser Katastrophenkurs muß durchkreuzt werden.

Gesamtmetall hat Produktionsausfälle und Betriebsverluste durch den Streik provoziert, um Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungsgewinne durch die Tarifverträge zu verhindern.

Die organisierten Arbeitnehmer der Metallindustrie nehmen heute die großen Opfer des Arbeitskampfes auf sich, damit morgen die ungleich größeren Opfer der Wendepolitik verhindert werden können. Wir wehren uns heute gegen die Spaltungspolitik von Arbeitgebern und Regierung, damit wir nicht morgen den Machenschaften unserer Gegner hilflos ausgeliefert sind.

Arbeitgeber und Regierung sind Arm in Arm angetreten, um das gesellschaftliche Recht auf Arbeit zu beseitigen und das gewerkschaftliche Recht auf Streik zu unterlaufen. Sie reden von den angeblichen volkswirtschaftlichen Schäden des Streiks. Aber sie

verschweigen die tatsächlichen gesellschaftlichen Schäden ihrer Politik.

Die Sparpolitik der Regierung und die Rationalisierungspolitik der Unternehmer haben Millionen von Arbeitslosen und Frührentnern geschaffen. Dadurch ist unermeßlicher Schaden an Einkommen und Vermögen, an Leib und Seele der Betroffenen entstanden. Unsere Tarifpolitik sorgt für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit. Dadurch werden Arbeitsplätze gesichert und geschaffen. Dadurch werden menschliches Elend und soziale Not gelindert.

Es ist ein hinterlistiges Täuschungsmanöver, wenn Kohl und seine Kabinettskollegen jetzt Versöhnung und Vernunft beschwören wollen, nachdem sie erst die Verhöhnung der 35-Stunden-Woche und die Verteufelung der Gewerkschaften betrieben haben. Es ist eine unverhohlene Panikmache, wenn Gesamtmetall die Parole verbreitet, mit der 35-Stunden-Woche und dem Streik hätte die IG Metall die Konjunktur gleich zweimal zum Tode verurteilt. Wir lassen uns nicht irreführen von den Phrasen derjenigen, die jetzt scheinheilig davor warnen, daß der Aufschwung kaputtgestreikt werde.

Es gibt einen Aufschwung für Unternehmensgewinne und Kapitalbesitzer, für Großaktionäre und Devisenspekulanten. Dafür hat die Regierung gesorgt. Aber es gibt keinen Aufschwung für Arbeitnehmer und Arbeitsplätze. Dafür müssen wir zuallererst selber sorgen. Wir lassen uns nicht einschüchtern von der Propaganda der Politiker und der Arbeitgeber, die jetzt doppelzüngig darüber klagen, daß der soziale Friede kaputtgestreikt werde. Sie haben dem Sozialstaat und der Tarifautonomie den Kampf angesagt. Sie haben uns vor die Alternative gestellt zu kapitulieren oder zu kämpfen. Jetzt wehren wir uns mit aller Kraft dagegen, daß unsere Arbeitsplätze und unsere Organisationen kaputtgemacht werden.

Tarifautonomie und gewerkschaftlicher Streik sind durch die Verfassung geschützt. Deswegen müssen alle engagierten Demo-

kraten auf unserer Seite stehen, wenn wir diese Grundrechte mit sozialer Phantasie und politischem Mut verteidigen. Die Arbeitgeber dieses Landes und die Regierung dieses Staates sind Arm in Arm angetreten, um unser Recht auf Arbeit und auf Arbeitskampf mit dem Unrecht der kalten und der heißen Aussperrung auszuhöhlen. Das begann mit dem Mißbrauch der kalten Aussperrung durch die Metallindustriellen. Sie berufen sich auf angebliche wirtschaftliche Sachzwänge. Aber sie setzen Betriebsstillegungen und Kurzarbeit als politische Waffe ein.

Dagegen wehren wir uns mit der Mobilisierung der Betriebe. Sie muß deutlich machen, daß die Arbeitnehmer keine willenlosen Schachfiguren in der Konfrontationsstrategie des Kapitals sind.

Das rücksichtslose Verhalten der Arbeitgeber ist durch eine schockierende Fehlentscheidung der Bundesanstalt für Arbeit noch übertrumpft worden. Sie hat erstmals in der Geschichte der Arbeitskämpfe in unserem Lande die Zahlung von Kurzarbeitergeld bei Fernwirkungen eines gewerkschaftlichen Streiks abgelehnt. Das ist ein politischer und sozialer Skandal. Dagegen protestieren wir, dagegen leisten wir Widerstand.

[...]

Die Bundesanstalt muß ihren gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber den Betroffenen von Betriebseinschränkungen und Betriebsstillegungen außerhalb der Kampfgebiete nachkommen. Die Bundesanstalt muß für die mittelbaren Folgen des Arbeitskampfes geradestehen. Dieses Prinzip ist festgeschrieben im Übereinkommen Nr. 102 der Internationalen Arbeitsorganisation. Es muß von der Bundesrepublik uneingeschränkt beachtet werden.

Mit der Verweigerung von Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld haben Bundesanstalt und Bundesregierung internationales Recht gebrochen. Das ist ein politischer Skandal, der umgehend wieder aus der Welt

geschafft werden muß.

[...]

Mit der Verweigerung von Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld haben Bundesanstalt und Bundesregierung auf eklatante Weise gegen Recht und Gesetz verstoßen. Das ist ein politischer Willkürakt, der umgehend rückgängig gemacht werden muß.

In der Vergangenheit hat diese Bundesanstalt stets gezahlt. Das geschah auch dann, wenn die Lohnforderungen im Volumen gleich und lediglich in der Struktur regional unterschiedlich waren. Hier und heute will sich die gleiche Bundesanstalt ihrer Zahlungspflicht entziehen, obwohl es weit gewichtigere Unterschiede zwischen den regionalen Forderungskonzepten gibt.

Es ist richtig, daß die IG Metall in allen Tarifgebieten die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich fordert.

- Das ist der Fall, weil der tarifpolitische Kampf gegen die Beschäftigungskrise und gegen die Massenarbeitslosigkeit nicht auf Einzelbereiche beschränkt bleiben darf.
- Das ist der Fall, weil der tarifpolitische Kampf für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Metallwirtschaft und in der Gesamtwirtschaft ganz oben stehen muß.

Es ist aber auch richtig, daß die IG Metall darüber hinaus in allen Tarifgebieten höchst unterschiedliche andere Forderungen stellt.

- Das gilt für Umfang und Struktur der Lohn- und Gehaltsforderungen.
- Das gilt für Art und Umfang unserer Forderungen zu den Ausbildungsvergütungen.
- Das gilt für die Lage und die Verteilung der effektiven und tariflichen Arbeitszeit.
- Das gilt für die Forderungen nach der Begrenzung der Mehrarbeit und nach dem Ausgleich durch Freizeit.
- Das gilt für die menschengerechte Gestaltung der Arbeit und für die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats.

Als diese Forderungen aufgestellt wurden, haben die Arbeitgeber Zeter und Mordio geschrien. So haben sie die Ausweitung betrieblicher Mitbestimmungsrechte durch die Tarifverträge ausdrücklich in ihren berüchtigten Tabukatalog aufgenommen. So haben entsprechende Forderungen in Baden-Württemberg lauthals - ich zitiere - als „Anschlag auf die Marktwirtschaft, auf die Rentabilität der Betriebe und unternehmerische Rechte“ gebrandmarkt. Das alles soll jetzt plötzlich vergangen und vergessen sein. Das alles wird jetzt von den gleichen Arbeitgebern und ihren Helfershelfern als belangloses Beiwerk abgetan.

Die tarifpolitischen Voraussetzungen für die Entscheidungen der Bundesanstalt sind gleichgeblieben. Deswegen muß sie außerhalb der Kampfgebiete Kurzarbeitergeld zahlen. Die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen aber haben sich grundlegend verändert. Ausschließlich deswegen will die Bundesanstalt das Kurzarbeitergeld verweigern.

Mit diesem politisch motivierten Rechtsbruch ist der Eingriff in den Arbeitskampf zugunsten der Arbeitgeber gewollt. Das hat der Präsident der Bundesanstalt auch zugegeben. Er hat - so Presseberichte — erklärtermaßen nicht ausgeschlossen, „daß die fehlende Unterstützung für die Arbeitnehmer der Metallindustrie die Verständigung im Konflikt erleichtern und den Arbeitskampf damit verkürzen könnte“ (Welt vom 19. 5. 1984).

[...]

Diese Entscheidung ist nicht in Nürnberg, sondern letztlich in Bonn getroffen worden. Sie stellt eine neue Dimension des politischen Unrechts in unserer Republik dar. Ihren Angriff auf die Tarifautonomie durch Parteinahme für Profitinteressen hat die Bonner Koalition mit Pauken und Trompeten in aller Öffentlichkeit geführt. Ihren Angriff auf den Rechtsstaat durch die geplante Generalamnestie für Gesetzesverstöße von Parteispendern hatte die Bonner

Koalition bei Nacht und Nebel in aller Heimlichkeit vorbereitet. In allen diesen Fällen zeigt sich das wahre Gesicht der Wende: Die Verfechter der geistig-moralischen Erneuerung machen aus der Politik ein schmutziges Geschäft. Die Wendepolitiker aus Bonn und Bayern sind auf dem Weg nach Weimar und Watergate.

[...]

Der Protest der ganzen IG Metall und des gesamten DGB beweist, daß wir solche Übergriffe nicht hinnehmen. Hunderttausende von organisierten Arbeitnehmern unterstreichen hier und heute, daß wir uns von unternehmerischer und politischer Willkür nicht das Rückgrat brechen lassen. Millionen von organisierten Arbeitnehmern sind fähig und bereit, dem Klassenkampf von oben unseren Widerstand von unten entgegenzusetzen. Wir müssen den Rechtsbrechern in den Arm fallen, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen.

Engagement und Solidarität sind unsere entscheidenden Waffen gegen die Kumpanei von Kabinett und Kapital.

[...]

Erwin Ferlemann: „Es geht um unsere Handlungsfähigkeit und unsere Existenz“*

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

auch dem ärgsten Gewerkschaftsfeind müßte es mit dem Scheitern der Biedenkopf-Vermittlung nun klar geworden sein: die Unternehmer proben den Machtkampf.

Seit Monaten verhandeln wir über die Verkürzung der Arbeitszeit; richtiger: wir versuchen zu verhandeln. Von der anderen Seite kommt stets nur das Nein. Dabei kann

* Offener Brief des Vorsitzenden der IG Druck und Papier an alle Mitglieder seiner Gewerkschaft vom 27. Juni 1984

sich inzwischen niemand mehr um die Erkenntnis herumdrücken, daß aufgrund neuer Techniken die Gesamt-Arbeitszeit aller Beschäftigten weiter zurückgehen wird. Mit der Folge, daß immer weniger Menschen Arbeit finden - es sei denn, wir arbeiten alle kürzer.

Seit Jahren verhandeln wir über eine neue Lohnstruktur. Doch in den letzten Monaten dient sie den Unternehmern nur noch als Mittel zur tarifpolitischen Erpressung. Eine neue Lohnstruktur soll es nur geben, wenn wir auf die Arbeitszeitverkürzung verzichten!

Längst ist offenbar, daß bei den Unternehmern wirtschaftliche Erwägungen keine Rolle spielen. Zwar beschwören sie nach außen lautstark die angebliche Kostenlawine der Arbeitszeitverkürzung. Doch in den Verhandlungen spielt das keine Rolle; über Vorschläge für eine kostenneutrale Arbeitszeitverkürzung, über Stufenpläne, weigern sie sich zu verhandeln: „Wir wollen keine tarifvertragliche Verkürzung der Arbeitszeit, auch wenn sie nichts kostet.“ So blieb uns am Ende keine Wahl, als die Vermittlung eines Dritten in Anspruch zu nehmen. Leicht ist uns dies nicht gefallen; eigentlich sollten die Tarifvertragsparteien selbst in der Lage sein, eine Lösung zu finden. Wir verständigten uns auf den CDU-Politiker Prof. Biedenkopf.

Erstmals konnte zur Sache verhandelt werden - ohne daß wir uns stundenlange Glaubensbekenntnisse anhören mußten über Marktwirtschaft, dynamische Unternehmer und anpassungsbereite Belegschaften. Wir legten einen Stufenplan vor, der die 35-Stunden-Woche in drei Schritten erreichte, ohne die Betriebe finanziell über Gebühr zu belasten; auf seiner Grundlage könnte der derzeitige Beschäftigungsstand gehalten werden.

Doch der Fortschritt am Verhandlungstisch war nur von kurzer Dauer. Bald kehrten die Unternehmer zu ihrem alten Stil zurück. Allen Ernstes entwickelten sie ihren Plan, die Beschäftigten der Druckindustrie unter das Diktat „flexible Arbeitszeiten“ zu stellen. Je

nach Auftragslage soll sechs Stunden, aber auch zwölf Stunden gearbeitet werden - ohne Zuschläge, von heute auf morgen angeordnet, ohne Mitbestimmung.

Als bald zeigte sich auch, worum es den Unternehmern im Kern geht: die Mitbestimmung des Betriebsrats über die Verteilung der Arbeitszeit, z. B. bei der Aufstellung von Schichtplänen, soll beseitigt werden. „Die Mitbestimmung erweist sich immer wieder als bürokratischer Störfaktor“, so ein Mitglied der Unternehmerkommission aus dem Hause Grüner + Jahr. Daß damit gesetzliche Rechte angegriffen werden, stört diese Systemveränderer nicht. Ebenso unverhohlen lehnten sie eine tarifvertragliche Arbeitszeitverkürzung ab. Kürzere Arbeitszeiten könnten sie sich nur vorstellen, wenn und so weit sich dies aus der Einführung flexibler Arbeitszeiten in einzelnen Betrieben ergebe. Auf diese Weise aber werden keine Arbeitsplätze geschaffen und erhalten, sondern das Gegenteil bewirkt. „Wir wollen keine tarifvertragliche Verkürzung der Arbeitszeit mit Beschäftigungswirkung“, hieß es. Wer so argumentiert, nimmt die weiter wachsende Arbeitslosigkeit bewußt in Kauf; womöglich will er sie sogar.

Angesichts dieses Gegensatzes legte Prof. Biedenkopf einen Vermittlungsvorschlag vor, der zwar eine tatsächliche Arbeitszeitverkürzung vorsah, aber in der Verteilung der zusätzlichen Freizeit den Unternehmern weit entgegenkam. Dennoch sagte der Bundesverband Druck wieder nein. Unter Verbreitung offenkundiger Lügen erklärte die Verhandlungskommission der Unternehmer die Vermittlung für gescheitert — ohne überhaupt über den Vorschlag mit Prof. Biedenkopf oder mit uns verhandelt zu haben. „Rein zufällig“ waren bei den Beratungen des Bundesverbandes Druck die Spitzen der Verlegerverbände und der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände anwesend.

Unsere Antwort liegt auf der Hand: Wir müssen weiterkämpfen. Es gilt zu erkennen:

es geht den Vertretern des Bundesverbandes Druck nicht um eine sachbezogene Lösung oder gar um einen Kompromiß. Wer jede Verhandlung über Arbeitszeitverkürzung und Lohnstruktur ablehnt, wer sogar den Vermittlungsvorschlag eines CDU-Politikers in dieser Weise abweist, der will den Machtkampf. In erschreckender Deutlichkeit zeigt sich: ebenso wie die IG Metall soll die IG Druck und Papier in die Knie gezwungen werden. In dem gegenwärtigen Tarifkonflikt verfolgen die Unternehmer das Ziel, sich die Gewerkschaften auf Dauer gefügig zu machen.

Nebenbei: ob eigentlich alle Mitglieder des Arbeitgeberverbandes wissen, welche Politik eine Handvoll Verbandsgeschäftsführer und leitender Angestellter einiger

Großunternehmen treiben? Ob sie wissen, vor welchen machtpolitischen Karren sie sich spannen lassen? Sie sollten sich mehr um ihren Verband kümmern! Für uns gilt: Wir werden nicht zu Kreuze kriechen! Seit zwölf Wochen stehen unsere Mitglieder im Streik. Sie haben Durchstehvermögen gezeigt und Disziplin; sie haben viel Fantasie aufgewandt und Opfer gebracht. Dafür haben wir zu danken. Doch der Kampf wird nunmehr verstärkt weitergehen. Uns bleibt keine andere Wahl. Es geht um unsere Handlungsfähigkeit und unsere Existenz. Man kann uns in Verhandlungen hinhalten; man kann uns Forderungen abschlagen; man kann unsere Streikkasse belasten. Doch es wird den Unternehmerverbänden nicht gelingen, uns den aufrechten Gang zu nehmen. Wir werden uns nicht unterwerfen.